



Niederschrift

8. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. März 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 8 der Tagesordnung: Zweijähriger Dialogprozess zur Erarbeitung von Leitlinien zur systematischen und mitgestaltenden Öffentlichkeitsbeteiligung - Zwischenbericht zum Prozess

Vorlage: 2025/0179

Beschluss:

Aufbauend auf der Diskussion im Hauptausschuss am 21. Juni 2022 (Vorlage 2022/0486) und dem Zwischenbericht im Gemeinderat am 23. Januar 2024 (Vorlage 2023/1381) nimmt der Gemeinderat den zweiten Zwischenbericht zu dem Dialogprozess zur Erarbeitung von Leitlinien zur systematischen und mitgestaltenden Öffentlichkeitsbeteiligung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme (keine Abstimmung)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8 zur Behandlung auf:

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Vielleicht in aller Kürze wollen wir an der Stelle vor allem wertschätzen, wie viel Arbeit und Energie da reingeflossen ist und wie gut bis dato auch schon die konzeptionelle Aufbereitung des Prozesses für die Leitlinien, also die einzelnen Bausteine und auch die angesprochenen Akteursgruppen, aufgestellt ist. Hätte es keine vorgezogene Bundestagswahl gegeben, hätten wir wahrscheinlich heute keinen Zwischenbericht mehr, sondern einen Abschlussbericht. Das wird sich jetzt dann noch um ein paar Monate vertagen. Ich denke, bis dahin können wir dann auch die tieferen inhaltlichen Debatten noch mal aufheben.

Ich möchte es aber trotzdem gerne an der Stelle noch einmal betonen. Die große Herausforderung wird am Ende nicht sein, dieses Konzept zu erarbeiten und zu beschließen, auch wenn schon richtig viel Arbeit reingeflossen ist, sondern die große Herausforderung wird sein, dieses Konzept nachher auch in die Realität zu bringen, sei es mit Personalstellen in der Verwaltung oder mit Weiterbildungsangeboten innerhalb der Verwaltung, um sich gegenseitig auszutauschen und zu verbessern, sei es aber natürlich auch gegenüber der Bürgerschaft, um verschiedenste Beteiligungsformate zu entwickeln und auch Klarheit darüber

zu gewinnen, wann man welche Beteiligungsformate anwendet. Ich glaube, da steckt am Ende noch viel mehr Arbeit drin, und die muss auch von der gesamten Verwaltung mitgetragen werden, weil das schon angedacht ist, dass das nicht nur ein Büro für Mitwirkung und Engagement ist, das diesen Prozess initiiert und trägt, sondern dass am Ende auch alle mitmachen. Das ist der Wunsch und soweit vielleicht bis zu in einem halben Jahr, bis wir dann zu einer endgültigen Beschlussfassung kommen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist jetzt der zweite Zwischenbericht, und wir bedanken uns natürlich für die Zwischenberichterstattung darüber, welche Veranstaltungen und Beteiligungsformate zwischenzeitlich bereits durchgeführt wurden. Der Aufwand ist nicht unbeeinträchtlich. Interessant ist die Überlegung, eine organisierte Zivilgesellschaft zu beteiligen. Da sind wir auch sehr gespannt auf das Ergebnis. Bestimmte Gruppen haben bereits angemeldet, dass sie noch mit eingebunden werden wollen. Auch dies zeigt, dass der Aufwand immer beträchtlicher wird. Bei allen Aktivitäten war die Verwaltung in großer Zahl involviert. Das bindet unsere ohnehin schon knappen Personalressourcen. Auch das müssen wir bei aller Euphorie im Auge behalten.

Trotzdem unterstützt meine Fraktion die weitere Entwicklung der Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Als Fraktion sind wir natürlich sehr gespannt, wenn wir im Laufe des Jahres über den Stand der Empfehlungen in Kenntnis gesetzt werden. An dieser Stelle will ich für meine Fraktion aber noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, Bürgerbeteiligung ist wichtig, sehr wichtig. Die alleinige Verantwortung liegt aber beim Gemeinderat.

Stadtrat Tröndle (SPD): Zunächst möchte auch ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Beteiligten für das vorliegende Papier recht herzlich bedanken. Wir nehmen den Zwischenbericht gerne zur Kenntnis und sehen mit Spannung dem finalen Bericht und vor allem der Umsetzung der in den Leitlinien aufgeführten Bausteine entgegen. Wir alle wissen um die besondere Bedeutung der Einbindung von Bürgerschaft, Initiativen, Vereinen und Verbänden in Entscheidungen, die das jeweilige Umfeld betreffen. Dabei geht es nicht nur um Information und Kommunikation, sondern um Partizipation. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur mitnehmen, sondern in aktive Rollen, in Prozesse einbinden.

Doch welches Format ist jeweils das richtige? Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir in den vorliegenden Leitlinien, deren Bausteine für die praktische Umsetzung wie zentrale Koordinierungsstelle, Beteiligungskonzept, Vorhabenliste und andere mehr eine hervorragende Richtschnur für eine gleichermaßen breite wie qualitativ hochwertige Beteiligung bekommen werden. Wir unterstützen dabei neben der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure auch ausdrücklich den Einbezug der Bürgervereine, vor allem in Stadtteilen ohne Ortschaftsrat, als traditionelle Ansprechpartner und Kümmerer für Anliegen vor Ort in die Planung und Umsetzung der Beteiligung und sollten dabei künftig den weiteren Wunsch der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Bürgervereine nach eigenen Stadtteilbudgets auch nicht aus den Augen verlieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch aus dem Konzeptionsgremium haben wir äußerst positive Rückmeldungen erhalten. Teilnehmende loben den vielfältigen und sorgfältig aufgesetzten Prozess. Ich denke, insgesamt haben wir jetzt die riesige Chance, innerhalb der Verwaltung eine Beteiligungskultur zu entwickeln, die bei Projekten und deren Umsetzung von vornherein den Einbezug der Bürgerschaft mitdenkt und so auch dabei hilft, die gerade in den vergangenen Tagen wieder deutlich spürbare Frustration über Hängepartien,

speziell bei Bauprojekten, zumindest zu verringern. Dabei geht es zunächst auch darum, die bisweilen noch nicht so ausgeprägte Transparenz und Kommunikation innerhalb der Verwaltung zu verbessern. Ich weiß, wovon ich rede, bin aber mit Blick auf die Umsetzung der Leitlinien sehr guten Mutes.

Und ganz zum Schluss noch ein ganz großer Dank an das engagierte Team des Amts für Stadtentwicklung. Der Inhalt ist bärenstark. Das Ganze kommt, und das ist eine kleine kritische Anregung, aber an einigen Stellen noch etwas akademisch daher. Wenn es noch gelingt, von der soziologischen Metaebene in einfachere Begriffswelten herunterzukommen, haben wir ein vollauf gelungenes Werk, und darauf freuen wir uns.

Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD-Fraktion dankt für die Vorlage, und wir sind gespannt darauf, was mit diesem immensen Aufwand dann letztendlich geschieht und wie das umgesetzt wird. Wir halten es da mit Helmut Kohl, der einst gesagt hat: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Auch von unserer Seite vielen Dank für diesen Zwischenbericht, den wir sehr wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Ich habe es bei der ersten Gesprächsrunde schon gesagt, wenn man es durchliest, mutet es schon als Mammutaufgabe an, und auch diese zwei Jahre, obwohl wir natürlich absolutes Verständnis für die Verzögerung aufgrund der Bundestagswahl haben. Meine Vorredner haben es schon ein bisschen angedeutet, bei uns gibt es einen Spruch, der Köder sollte immer dem Fisch schmecken und nicht dem Angler. Da möchte ich auch darum bitten, dass wir das nicht aus den Augen lassen, weil was wir im Dialog - wir als Stadträte oder als Bürger - draußen erleben, wir werden angesprochen. Es ist leider so, dass viele Bürger sich nur engagieren, wenn sie direkt selbst betroffen sind und sonst wenig Interesse haben. Da stellt sich mir die Frage, wie holen wir diese ab, und dass die Bürger am Ende, wenn wir diese Leitlinien haben, nicht den Eindruck gewinnen, jetzt haben sie ein schönes Schema, wie sie mit uns umgehen, aber letztendlich entscheiden die da oben oder die im Rathaus doch so, wie sie wollen. Das muss auf jeden Fall vermieden werden, und auch müssen diese Leitlinien regelmäßig angepasst werden, weil sich unsere Gesellschaftsstruktur, die Altersstruktur, die Zusammensetzung der Bürgerschaft auch im Zuge der Digitalisierung ändert. Das, was in zwei Jahren oder einem Jahr, wenn das dann an den Start geht, richtig ist, muss zwei Jahre später nicht mehr unbedingt die sinnvolle Maßnahme sein.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Sie nehmen das zur Kenntnis.

Stadträtin Geißinger (Volt): Da dachte ich tatsächlich, dass ich auf der Liste stand, aber okay, vielen Dank. Vielleicht zu den Vorrednern, ich kann mich bei vielen Punkten anschließen, ich möchte aber doch ein, zwei noch einmal hervorheben. Wir reden davon, dass gut 100 Kommunen solche Beteiligungslinien haben. Wir haben, ich habe noch mal gegoogelt, ungefähr knapp 11.000 Kommunen in Deutschland. Wir sind damit quasi unter den einem Prozent, die so etwas überhaupt standardisiert haben. Jetzt ist natürlich die Frage, es wurde schon gesagt, wie bringen wir das auch in die Bevölkerung. Wir sollten auf jeden Fall darauf achten, dass gerade die Menschen, die sonst nicht so viel Kontakt zu Politik und Verwaltung haben, auch später sich wirklich gut beteiligen können. Da stellt sich natürlich auch weiterhin die Frage, es wurde auch schon angesprochen, wie verbindlich ist denn das Ganze, wenn irgendwas gefordert wird und vor allem wie finanzieren wir das auch. Da haben schon einige Kommunen, auch wiederum von Paris über Reykjavík und München

Bürger*innenbudgets eingebracht oder Einwohner*innenbudgets. Genau so etwas in die Richtung würden wir auch sehr gerne Richtung Haushalt einbringen, damit auch entsprechend finanzielle Mittel, vielleicht nicht in vollem Maße, aber zumindest zu einem gewissen Teil, auch für solche Projekte vorgesehen sind.

Wir begrüßen auch wirklich den Ausblick auf 2025, noch einmal in den Austausch zu gehen, auch die kontinuierlichen Verbesserungen, die durch die zentrale verwaltende Stelle quasi gegeben sind, dass auch ein Austausch der Erfahrungen der späteren Beteiligungen immer wieder zu Synergieeffekten führen. Da freuen wir uns drauf. Ansonsten bleibt nur noch für uns zu ergänzen, dass wir es ausdrücklich begrüßen, dass auch die Beteiligung nicht an das Wahlrecht gekoppelt ist. Wir in Karlsruhe sind schon Vorreiter, auch Menschen aus Drittstaaten besser einbinden zu wollen. Auch hier findet sich das wieder, und das finden wir sehr schön, dass wir in solchen Formaten dann auch wirklich hoffentlich alle mitnehmen können.

Stadtrat Cramer (KAL): Bei der ersten Vorstellung habe ich mich schon skeptisch geäußert, und ich äußere mich heute auch skeptisch. Mein Problem ist natürlich, dass es dann vielleicht so überkommt, als dass das federführende Amt nicht gut arbeiten würde. Das meine ich damit überhaupt nicht, aber ich habe auch festgestellt, das geht in die Richtung, was die Frau Lorenz gesagt hat, in diesen Arbeitsgruppen, die im Haus Solms schon seit ein, zwei Jahren mittlerweile laufen, dass das alles sehr akademisch ist, muss ich sagen. Ich habe immer wieder appelliert, dass man doch das, was dann übergebracht werden soll, in einfacher Sprache überbringt, damit es die Leute überhaupt verstehen. Und - letzter Satz - ich denke, es wird am Ende darauf ankommen, wie die Verwaltung, die ganzen Ämter, wie die damit umgehen. Denn auf die kommt es an. Die sollen im Grunde das alles aufnehmen, was in diesen Leitlinien praktisch dann vorgelegt wird, die Struktur vorgelegt wird. Da muss ich ehrlich sagen, da bin ich sehr skeptisch, ob das wirklich so aufgenommen wird, wie wir das hier gerne uns vorstellen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich möchte an der Stelle nur darauf hinweisen, dass wir hier versuchen, in Leitlinien etwas zu standardisieren, was wir seit Jahren schon erfolgreich machen. Ich glaube, es gibt fast kein Bürgerbeteiligungsformat, das in Karlsruhe nicht schon irgendwo einmal angewendet worden wäre. Ich glaube, unsere Stärke war bisher, dass immer bei strittigen Themen man sich dann am Ende für ein entsprechendes Instrument entschieden hat. Dann war natürlich auch das Geld da, es umzusetzen. Von daher gehören wir jetzt zu dem einen Prozent offensichtlich, die jetzt solche Leitlinien erarbeiten, aber es ist nicht so, dass das der Beginn der Bürgerbeteiligung wäre, sondern ich denke nur an die Konsensuskonferenz zum Thema der Südstadt und der Stuttgarter Straße, an die wir uns immer noch gebunden fühlen. Wir hatten das zur Biogasanlage Eisenhafengrund oder woanders, und so gab es durchaus, glaube ich, schon wirklich bemerkenswerte Instrumente, die wir hier angewendet haben und die am Ende auch zu einem Gemeinderatsbeschluss geführt haben, der jeweils sich auf die Beratung durch die hinzugezogenen Bürgerinnen und Bürger beziehen konnte.

Sie haben das zur Kenntnis genommen, vielen Dank

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
9. April 2025